

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages

Berlin, 27. September 2006

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Abgeordneter,

am Donnerstag, dem 28.9.2006, wird der Deutsche Bundestag über Anträge zum Verbot von Streumunition beraten. Der von den Regierungsparteien eingebrachte Antrag beinhaltet kein vollständiges Verbot von Streumunition, sondern hält alle Einsatzoptionen für dieses Waffensystem offen. Er unterscheidet zudem zwischen „gefährlicher“ und für Zivilisten angeblich „ungefährlicher“ Streumunition und verweist darauf, dass von Deutschland nur noch letztere eingesetzt werden soll. Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufes, halten eine solche Unterscheidung aus humanitären Gesichtspunkten für unzulässig und unterstützen die Forderung nach einem vollständigen Verbot von Streumunition.

Nachdem es gelungen ist Antipersonenminen vollständig zu verbieten, müssen nun alle Anstrengungen darauf verwendet werden, auch minenähnlich wirkende Waffen, wie Streumunition, zu verbieten.

Weltweit betrachten über 200 Nichtregierungsorganisationen Streumunition als ein inakzeptabel unpräzises und unzuverlässiges Waffensystem, welches nicht ausreichend zwischen militärischen und zivilen Zielen unterscheiden kann. Streumunition folgt einer unterschiedslosen und flächendeckenden Einsatzmethode, der schon Zehntausende Menschen zum Opfer gefallen sind. Neben der verheerenden "Primärwirkung" von Streumunition werden Zivilisten durch hohe Blindgängerquoten der Munition auch nach Ende eines Konfliktes extrem gefährdet.

Der Einsatz von Streumunition verstößt gegen internationales Völkerrecht, wenn er sich gegen Zivilisten wendet. Dies ist bislang in mehr als 25 Ländern bzw. Konflikten geschehen, in zum Teil erheblichem Ausmaß. Der Libanonkonflikt ist nur das jüngste Beispiel, in dem wahrscheinlich über drei Millionen Streumunitionen eingesetzt wurden und nun laut UNO hunderttausende Blindgänger auf ihre Opfer warten. Täglich werden neue, mit Streumunition kontaminierte Gebiete entdeckt und dementsprechend steigt auch die Zahl der Opfer. Der Libanonkonflikt hat zudem gezeigt, dass eine Unterscheidung zwischen „gefährlicher“ und „ungefährlicher“ Streumunition unzulässig ist und nicht als Lösung für ein humanitäres Problem herhalten darf.

Über 60 Staaten halten derzeit Streumunition, teils in Milliardenauflage, für einen Einsatz bereit, auch Deutschland gehört dazu. Gerade weil Staaten wie die USA und Russland versuchen ein Verbot von Streumunition zu verhindern, ist Deutschland gefordert, dem Beispiel Belgiens zu folgen und auf unilateraler Ebene ein vollständiges Verbot für diese Waffe zu beschließen, sowie dauerhaft mehr Hilfe für deren Opfer bereitzustellen.

Wir, die im Aktionsbündnis Landmine.de zusammengeschlossenen Hilfsorganisationen, fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, für ein vollständiges Verbot von Streumunition zu votieren und mehr Ressourcen für die Opferhilfe und die Räumung von Minen und Blindgängermunition bereitzustellen.

Mit freundlichen Grüßen,
gez.

Paul Bendix (Oxfam Deutschland)
Dr. Martin Bröckelmann-Simon (Geschäftsführer, Misereor)
Hans-Jürgen Ebert (Geschäftsführer, Solidaritätsdienst-international e.V.)
Cornelia Füllkrug-Weitzel (Direktorin, „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe)
Dr. Dietrich Garlichs (Geschäftsführer, Deutsches Komitee für UNICEF)
Thomas Gebauer (Geschäftsführer, medico international)
Martin Georgi (Direktor, Christoffel Blindenmission)
François De Keersmaeker (Geschäftsführer, Handicap International)
Angela König (Geschäftsführerin, EIRENE-International)
Peter Mucke (Geschäftsführender Vorstand, terre des hommes)
Dr. Oliver Müller (Abteilungsleiter, Caritas international)
Dr. Hans-Joachim Preuß (Generalsekretär, Deutsche Welthungerhilfe)
Dr. Jürgen Thiesbonenkamp (Vorstand, Kindernothilfe)
Dr. Reinhard J. Voß (Generalsekretär, pax christi)